

Medien spielen Proteste hoch, Verharmlosung der Wirkung von US-Sanktionen in Kuba

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Eine Welle von Protesten in Kuba wurde zum etwas ungewöhnlichen Fokus der globalen Aufmerksamkeit Anfang dieser Woche, die Ereignisse wurden zum weltweiten Nummer Eins Trend auf Twitter für über 24 Stunden, als Prominente, Politiker und sogar der Präsident der Vereinigten Staaten sich auf die Geschehnisse bezogen. Eine Erklärung aus dem Büro von Joe Biden lautet:

Wir stehen an der Seite der kubanischen Bevölkerung und ihrem klaren Ruf nach Freiheit und Befreiung aus dem tragischen Griff der Pandemie und von der jahrzehntelangen Unterdrückung und dem wirtschaftlichen Leid, dem sie durch das autoritäre Regime Kubas ausgesetzt ist.

Auch die Medien konzentrierten sich schnell auf die Geschichte und brachten die Proteste in den Mittelpunkt der Berichterstattung, was für Demonstrationen in Lateinamerika äußerst ungewöhnlich ist. Weitaus größere und tödlichere Bewegungen in Chile und Ecuador wurden von der kommerziellen Presse größtenteils ignoriert (FAIR.org, 12/6/19). In der Zwischenzeit wurde die politische Situation in Haiti, das drei Jahre lang ununterbrochene landesweite Proteste erlebt hat, bis zur Ermordung des von den USA unterstützten Präsidenten Jovenel Moïse in der vergangenen Woche überwiegend ignoriert (FAIR.org, 10/26/19)

Verharmlosung der Blockade

Doch während über die Proteste ausführlich berichtet wurde, spielte die Konzern-Presse quer durch das politische Spektrum eine der Hauptursachen der Unruhen konsequent herunter: die zunehmend sanktionierende US-Blockade.

"In einem Land, das für sein repressives Vorgehen gegen Andersdenkende bekannt ist, wurden die Kundgebungen weithin als erstaunlich angesehen", schrieb die **The New York**

Times (7/11/21) und stellte die Bewegung als eine lobenswerte Aktion gegen eine autoritäre Regierung dar, die ihrem Volk nur "Elend" gebracht habe. Erst nach elf Paragraphen der Reportage wurden die Sanktionen erwähnt, und selbst dann wurde die Information in Form einer Anschuldigung der kubanischen Regierung dargestellt, eine Quelle, der gegenüber die **The Times** den Leser bereits skeptisch gestimmt hatte.

Aber dies war tatsächlich eine der ausgewogensten Berichterstattungen von Konzernmedien. **NBC News** (7/12/21) wartete bis zum letzten von 24 Absätzen, um festzustellen, dass "die kubanische Regierung die Wirtschaftskrise auf das US-Embargo gegen Kuba und die Sanktionen zurückführt, die der ehemalige Präsident Donald Trump verschärft hat." Die Reportage hatte zuvor behauptet, dass Kuba sich effektiv selbst erstickt, indem es sich weigert, humanitäre Hilfe ins Land zu lassen.

Das **The Wall Street Journal** (7/12/21) machte es ähnlich, erwähnte die Sanktionen nur im letzten Absatz und nur im Zusammenhang mit Präsident Miguel Díaz-Canel, dem Anführer eines "autoritären Regimes", einem Medien-Codewort, das für Regierungen reserviert ist, welche den USA missfallen (FAIR.org, 8/20/18). Keiner dieser Artikel ging ins Detail über die Sanktionen oder ihre nachweisbaren Auswirkungen.

Den Sanktionen so wenig Aufmerksamkeit zu schenken, sie auf den letzten Absatz zu beschränken und sie eher als Anschuldigungen denn als Fakten zu formulieren, hat zur Folge, dass sie als unwichtig dargestellt werden. Als ob dies nicht schon klar genug wäre, machte es der Leitartikel der **The Washington Post** (7/12/21) explizit, indem er behauptete, Díaz-Canel reagiere mit "vorhersehbarer Schläue" und schiebe praktischerweise "alles auf die Vereinigten Staaten und das US-Handelsembargo", obwohl in Wirklichkeit die "veraltete Diktatur" selbst verantwortlich sei.

Sozialismus funktioniert nicht. Bombardierung vielleicht schon

Es überrascht vielleicht nicht, dass **Fox News** (7/13/21) die Sanktionen überhaupt nicht erwähnte und die Schuld für Kubas wirtschaftliche Notlage ausschließlich der Kommunistischen Partei zuschob. Es wurde sogar dem Bürgermeister von Miami, Frances Suarez, Gelegenheit gegeben, die USA aufzufordern, Kuba zu bombardieren. Wir müssen eine "Koalition der möglichen militärischen Aktion in Kuba" zusammenstellen, sagte Suarez zu Fox und erhielt wenig Gegenwind.

Besonders irritierend an der Weigerung, die Annahme ernst zu nehmen, dass ein wirtschaftlicher Angriff der einzigen Supermacht der Welt zumindest ein wichtiger Faktor für Kubas Probleme ist, besteht darin, dass dies das ausdrücklich erklärte Ziel der USA ist. [Offizielle Dokumente](#), die bis ins Jahr 1960 zurückreichen, vermerken, dass die USA durch die "Verweigerung von Geld und Lieferungen an Kuba" hoffen, "Geld- und Reallöhne zu senken, Hunger, Verzweiflung und [den] Sturz [der] Regierung herbeizuführen."

Letzten Monat erklärten die Vereinten Nationen zum 29. Mal in Folge die Verurteilung der Sanktionen gegen Kuba. Die Abstimmung in der Generalversammlung war 184 zu 2, die einzigen Gegenstimmen waren die Vereinigten Staaten und Israel. Die Sanktionen bedeuten, dass Kuba keine Möglichkeit hat, frei mit anderen Nationen zu handeln, was zu einem akuten Mangel an Waren - einschließlich Medikamenten - führt, die auf der Insel nicht hergestellt werden können. Im Jahr 2014 [schätzten](#) die UN, dass die Sanktionen einen Schaden von 1,1 Billionen Dollar für die Wirtschaft der Insel verursacht haben..

Foto-Wechselbilder

Obwohl sie in ihrer Größe begrenzt waren und sofort von beträchtlichen Gegendemonstrationen begleitet wurden, waren die Konzernmedien bestrebt, die Aktionen des Wochenendes als weit verbreitet und bedeutsam darzustellen. Wie ein Einwohner von Miami gegenüber **NBC News** (7/12/21) betonte, "Das ganze Land ist auf den Straßen." [Videobeweise](#) scheinen etwas anderes zu suggerieren, zumal die Gegendemonstrationen mindestens genauso gut besucht waren.

Nichtsdestotrotz behaupteten viele Zeitungen ausdrücklich das Gegenteil. **Reuters** (11.7.21) berichtete zum Beispiel: "Tausende gingen am Sonntag in verschiedenen Teilen Havannas auf die Straße, einschließlich im historischen Zentrum, und übertönten Gruppen von Regierungsanhängern, die die kubanische Flagge schwenkten und Fidel riefen." Währenddessen behauptete **Voice of America** (7/12/21), dass Díaz-Canel trotz seiner Forderungen nur "kleinere Pro-Regierungs-Demonstrationen" versammeln konnte.

Wenn dies der Fall wäre, ist es in der Tat ironisch, dass eine Reihe von Medien auf Bilder von *Pro-Regierungs-Demonstrationen* zurückgriffen, um zu illustrieren, wie groß und beeindruckend die Anti-Regierungsbewegung war. **The Guardian** (12.7.21), **Fox News** (11.7.21), **Boston Globe** (11.7.21), **Financial Times** (12.7.21), **Yahoo! News** (11.7.21) und **NBC's Today Program** (13.7.21) gehörten zu denen, die eine Abbildung von Massen von Regierungsanhängern verwendeten, die sich im Zentrum Havannas versammelten, um das Ausmaß der antikommunistischen Demonstrationen zu zeigen. Für jeden, der Kuba kennt, hätten die riesigen roten und schwarzen Fahnen mit den Worten "26 Julio" (Fidel Castros politische Partei) ein eindeutiges Zeichen sein müssen. (Der Guardian und die FT aktualisierten ihre Berichte, nachdem mein [Tweet](#), der auf die falsche Zuschreibung hinwies, viral ging).

In der Zwischenzeit benutzte **CNN** (**Instagram**, 7/11/21) [ein Foto](#) einer beeindruckend besuchten Kundgebung in Miami, um einen Artikel mit der Überschrift "Cubans Take to Streets in Rare Anti-Government Protest Over Lack of Freedoms, Worsening Economy" zu verbreiten. (Der Beitrag wurde inzwischen gelöscht.) **National Geographic** (13.7.21) wandte einen ähnlichen Trick an, obwohl sie wenigstens eine Bildunterschrift einfügten, die aufmerksame Leser darüber informierte, dass das Bild in Florida aufgenommen wurde. Bilder von Anti-Regierungs-Demos in Kuba, die ähnliche Zahlen von Menschen aufweisen, scheinen nicht zu existieren.

Es gibt allen Grund für die Kubaner, unzufrieden zu sein. In letzter Zeit sind die Preise für die immer knapper werdenden Lebensmittel gestiegen, und es gibt Engpässe bei einigen

grundlegenden Gütern und Medikamenten, was zu zunehmenden Entbehrungen, langen Schlangen und Wartezeiten führt. Doch indem sie sich weigern, dies als absichtliche Folgen der US-Außenpolitik darzustellen, sind die Konsumenten der Konzernmedien weniger geneigt, die Handlungen ihrer eigenen Regierung zu kritisieren, und unterstützen eher genau die Maßnahmen, die teilweise dafür verantwortlich sind, dass Kuba in dem derzeitigen Zustand ist. Ein skeptischer Leser könnte sich fragen, ob das nicht genau der Punkt ist.

ENDE

*Abbildung zeigt: **CNN-Foto** mit der Überschrift "Cubans take to streets in rare anti-government protest"-aber tatsächlich in Miami aufgenommen. (Beachten Sie das Schild für die Eighth Street im Hintergrund).*
